



Martin Dörmann

Mitglied des Deutschen Bundestages



Jahrbuch 2005



**Dokumentation über die Arbeit als Bundestagsabgeordneter
von Januar bis Dezember 2005**

Januar 2006



Jahrbuch 2005

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

das vor Ihnen liegende **Jahrbuch 2005** soll einen kleinen Überblick über meine Arbeit als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Kölner Wahlkreis Porz, Kalk, nördliche Innenstadt im vergangenen Jahr geben. Es dient der **Dokumentation** und ist zugleich eine Art **Rechenschaftsbericht**.

Besonders wichtig ist mir der ständige **Kontakt zu den Menschen, Vereinen, Betrieben und Einrichtungen** in meinem Wahlkreis.

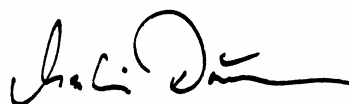
Gerade angesichts der zahlreichen Gesetze und Sitzungswochen in Berlin ist die regelmäßige **Information im Wahlkreis** eines meiner Hauptanliegen. Dem dienen beispielsweise meine **Berlin Depesche** sowie meine **Homepage**. Zudem habe ich 2005 wieder eine ganze Reihe von **Veranstaltungen** zu aktuellen Themen durchgeführt.

Das Jahr 2005 stand im Zeichen wichtiger Reformen und der Bundestagswahl im September.

Ich konnte den Wahlkreis Köln I wieder mit deutlichem Vorsprung direkt gewinnen. Bei meinen Wählerinnen und Wählern möchte ich mich noch einmal sehr herzlich für das erneute Vertrauen bedanken.

*Auch 2006 werden wir weitere Reformen umsetzen, diesmal in einer Großen Koalition. Für mich ist dabei entscheidend, dass sowohl **Zukunftsfähigkeit** als auch **soziale Gerechtigkeit** die Kriterien für unsere Politik bleiben. Dafür setze ich mich als Ihr Abgeordneter ein.*

Mit freundlichen Grüßen



Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

INHALT

- Seite 2: Vorwort, Inhalt, Impressum
- Seite 3: Wahlkreiszeitung Berlin Depesche, Homepage
- Seite 4: Ausschussarbeit, Veranstaltungen, Zeitschrift Berliner Republik, Büroanschriften
- Seite 5: Berichte und Artikel 2005 aus der Berlin Depesche (Auswahl)

IMPRESSUM · JAHRBUCH 2005

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 10111 Berlin
Redaktion: Martin Dörmann (verantwortlich), Michael Stamm

WAHLKREISZEITUNG BERLIN DEPESCHE

2005 erschienen insgesamt **7 Ausgaben der Berlin Depesche**. Die Wahlkreiszeitung wird per eMail an alle interessierten SPD-Mitglieder sowie Bürgerinnen und Bürger versendet. Sie enthält Informationen über Veranstaltungen, die Arbeit von Martin Dörmann und wichtige Entscheidungen des Bundestages. Einige Artikel aus dem Jahr 2005 sind ab Seite 5 abgedruckt.

2005 erschienen außerdem **3 Sonderausgaben** der Berlin Depesche zu folgenden Themen: Nr. 7 „Hans Jürgen Wischnewski“, Nr. 8 „SPD-Köpfe“, Nr. 9 „Bundestagswahl“.

Interessierte können sich in den **eMail-Verteiler** der Berlin Depesche aufnehmen lassen. Eine entsprechende eMail an martin.doermann@bundestag.de genügt (SPD-Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Frühere Ausgaben sind auf der Homepage www.martin-doermann.de zu finden.



BERLIN DEPESCHE

ZEITUNG FÜR DEN BUNDESTAGSWAHLKREIS KÖLN I (PORZ, KALK, NÖRDLICHE INNENSTADT)

HOMEPAGE

Weitere allgemeine und aktuelle Informationen finden sich auf der Homepage: www.martin-doermann.de. Die Homepage enthält u.a. Seiten zu Persönlichem, dem Kölner Wahlkreis, der Arbeit in Berlin, aktuelle Presse, Texte und Dokumente sowie zahlreiche Fotos.



Startseite der Internet-Homepage
www.martin-doermann.de

AUSSCHUSSARBEIT, SPD-FRAKTION UND WOCHENABLAUF

Bundestagsausschüsse

Martin Dörmann ist Mitglied im **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**. Zugleich ist er stellvertretendes Mitglied im **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**.

SPD-Bundestagsfraktion

Martin Dörmann ist Mitglied in der für seinen Ausschuss zuständigen Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion („**Wirtschaft und Technologie**“). Zudem ist er Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und des Vorstandes der NRW-Landesgruppe.

Wochenablauf in Berlin

Der Wochenablauf für Martin Dörmann in einer Sitzungswoche gestaltet sich in der Regel wie folgt:

Montag: Anreise, Bürobesprechung, Vorbereitung der Ausschussarbeit, SPD-Fraktionsvorstand, ggf. Abendtermin

Dienstag: Sitzung der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie der SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Fraktionssitzung, Abendveranstaltung der SPD-Landesgruppe NRW

Mittwoch: Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, Plenum: Fragestunde und Regierungsbefragung, meist Abendveranstaltung

Donnerstag: Plenum, Büroarbeit, Abendveranstaltung

Freitag: Plenum, Büroarbeit, Abreise nach Köln

Hinzu kommen jeweils aktuelle Gremiensitzungen, Gesprächstermine und ggf. Besucherguppen.

VERANSTALTUNGEN 2005

Im Jahr 2005 fanden in Köln wieder zahlreiche Veranstaltungen mit Martin Dörmann zu unterschiedlichen politischen Themen statt. Gäste waren dabei u.a.: **Anke Fuchs, Thomas Meyer, Klaus Brandner, Peer Steinbrück, Hans-Jochen Vogel, Prof. Karl Lauterbach, Franz Müntefering, Sigmar Gabriel, Renate Schmidt** und **Peter Struck**.

ZEITSCHRIFT BERLINER REPUBLIK

Martin Dörmann ist Mitherausgeber der politischen Zeitschrift „**Berliner Republik**“ (siehe Homepage: www.b-republik.de).

BÜROANSCHRIFTEN UND MITARBEITERTEAM

Martin Dörmann, MdB

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Mitarbeiter: Stefan Stader (Büroleiter), Chlöe Aublin und Michael Stamm
Tel. 030 / 227 734 18; Fax 030 / 227 763 48; eMail: martin.doermann@bundestag.de

Internet-Homepage:
www.martin-doermann.de

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Telefon: 02203 / 52144
Fax: 02203 / 51044
Mitarbeiter: Elke Heldt, Tim Cremer
eMail:
martin.doermann@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Telefon: 0221 / 8704302
Mitarbeiter: Ralf Steinmeier
(Webmaster Homepage)
eMail:
newsmail@netcologne.de

Büro der Kölner SPD- Bundestagsabgeordneten

Albertusstraße 40-46
50667 Köln (Innenstadt)
Tel. 0221 / 925981-17
Fax 0221 / 925981-50
Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach:
eMail:
renate.dinkelbach.nrw@spd.de



Nachfolgend drucken wir eine kleine **Auswahl von Artikeln** ab, die 2005 in der Berlin Depesche erschienen sind. Aufgenommen wurde nur ein Teil der Berichte, die **Veranstaltungen** mit Martin Dörmann und seine **Arbeit als Abgeordneter** betreffen. Auf der Homepage www.martin-doermann.de sind frühere Ausgaben sowie ein vollständiges **Inhaltsregister der Berlin Depesche 2005** eingestellt.

Martin Dörmann traf den Goldmedaillengewinner Holger Nikelis

Bei einem Empfang der SPD-Bundestagsfraktion im Berliner Reichstagsgebäude zu Ehren der Medaillengewinnerinnen und Medaillengewinner der Paralympics Athen 2004 traf **Martin Dörmann** mit **Holger Nikelis** zusammen, der aus dem Wahlkreis des Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten kommt. Der 26jährige Fachinformatiker ist nach einem Badeunfall in Spanien vor 9 Jahren querschnittsgelähmt. Beim Empfang mit dabei: der SPD-Fraktionsvorsitzende **Franz Müntefering** und **Karl-Hermann Haak**, der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung.

Die diesjährigen Paralympics in Athen waren für alle Beteiligten ein großartiges Ereignis. Holger Nikelis schaffte es, seine erste Teilnahme an diesem Wettbewerb mit einem unvergesslichen sportlichen Erfolg zu krönen. Der Kölner Rollstuhl-Tischtennispieler und Weltranglisten-Erste konnte seine Favoritenrolle eindrucksvoll bestätigen und gewann die Goldmedaille im Einzel mit einem klaren Sieg. Zusätzlich gelang ihm mit der Mannschaft der Gewinn der Bronzemedaille.

Martin Dörmann gratulierte Holger Nikelis noch einmal ganz herzlich zu diesem Erfolg und wünschte ihm auch für die nächsten Jahre viel Glück. „Ich freue mich sehr, dass ich einige der Menschen kennen lernen konnte, die zu dem insgesamt erfreulichen Abschneiden der deutschen Mannschaft bei den Paralympics beigetragen haben. Dass mein Heimatwahlkreis durch Holger Nikelis so hervorragend vertreten wurde, freut mich natürlich ganz besonders. Ich

hoffe sehr, dass durch solch positive Beispiele der Behindertensport in Deutschland noch anerkannter wird. Die Leistungen, die in diesem Bereich erbracht werden, sind nicht nur aus sportlicher Sicht bewundernswert, sondern auch wichtig für die gesamte Gesellschaft und den unvoreingenommenen und zwanglosen Umgang der Menschen mit und ohne Behinderungen.“



Beim SPD-Empfang im Fraktionsvorstandssaal:
Klaus Uwe Benneter, Holger Nikelis,
Franz Müntefering und Martin Dörmann

Ingo Jurek neuer Mitarbeiter im Wahlkreisbüro Porz

Zum 31. Januar 2005 endet die Tätigkeit von **Rüdiger Kibilka** als Wahlkreismitarbeiter von **Martin Dörmann** im Bürgerbüro Porz. Sein Nachfolger ab dem 2. Februar ist **Ingo Jurek**. Nachfolgend stellen wir ihn kurz vor. Zugleich möchten wir uns schon an dieser Stelle bei Rüdiger Kibilka für die gute Zusammenarbeit herzlich bedanken.

Ingo Jurek, „ne echt kölsche Jung“ wurde 1959 in der Kölner Altstadt geboren und wuchs im Stadtteil Poll auf. Nach dem Abitur und Wehrdienst nahm er an der Bonner Uni das Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Psychologie auf, welches er mit dem Magisterexamen abschloss.

In die SPD trat er schon als Schüler mit 16 Jahren ein. In der Partei übte er zahlreiche politische Tätigkeiten aus. Vom Sprecher der örtlichen Juso-AG bis zum Ortsvereinsvorsitzenden in Poll, eine Funktion, die er über 12 Jahre bis 2003 ausübte. Sein politisches Interesse gilt vor allem der Kölner Kommunalpolitik. Ein Jahrzehnt war er Mitglied der Bezirksvertretung Porz, von 1994 bis 1999 vertrat Ingo Jurek seinen Heimatort als direkt gewählter Stadtverordneter im Rat der Stadt Köln. Zurzeit ist er stellvertretender Ortsvereinsvorsitzender in Poll sowie Mitglied im Porzer SPD-Stadtbezirksvorstand.



Beruflich war Ingo Jurek lange Jahre als Wahlkreismitarbeiter für die Abgeordneten **Volkmar Schultz** (MdL, MdB) und **Friedhelm Lenz** (MdL) tätig. In den neunziger Jahren schulte er nebenberuflich als EDV-Dozent in vielen Softwareprogrammen. Seit 2000 arbeitet er hauptamtlich in der Volkshochschule Köln als EDV-Fachbereichsleiter, seit Sommer 2004 in Teilzeitbeschäftigung. Die EDV bleibt neben der Politik sein Steckenpferd. So bastelt er in seiner Freizeit gerne an alten Rechnern herum und „strickt Netzwerke“, eine nicht nur in der Politik unverzichtbare Eigenschaft.

Gern skatet er auch mit Inlinern am Rhein entlang oder liest mit Vorliebe Krimis schwedischer Autoren. Das natürlich nur, soweit ihm seine „beiden Mädels“, Ehefrau **Bettina** und die 2 ½jährige Tochter **Mayke**, dazu die Zeit lassen. Seit November 2003 leben die drei in Porz-Ensen.

170 Gäste kamen und diskutierten mit Anke Fuchs und Thomas Meyer

Auf eine überaus positive Resonanz stieß die Buchpräsentation der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) am 28. Januar im 30. Stock des KölnTurms im Mediaparkes, hoch über den Dächern von Köln. 170 Gäste kamen, als Anke Fuchs und Martin Dörmann das Buch „Die Zukunft der Sozialen Demokratie“ vorstellten. Unter den Gästen: **Anke Brunn, Renate Canisius, Conny Gilges** und Kölns Ex-OB **Norbert Burger**.



Sozialdemokratische Talkrunde

Die FES-Vorsitzende **Anke Fuchs** hob in ihrer Einführungsrede die wichtige Bedeutung des Buches für die aktuelle Programmdiskussion in der SPD hervor. **Martin Dörmann** befragte anschließend den Autor **Thomas Meyer** zu einigen Thesen des Buches und deren Verbindung zum Grundsatzprogramm. Hierauf gab Thomas Meyer, der Mitglied der Programmkommission ist, ebenso fundierte Antworten wie auf die zahlreichen engagierten Diskussionsbeiträge, die aus dem Publikum folgten.



Anke Fuchs



Norbert Burger

So fragte der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Conny Gilges, was denn die Sozialdemokratie zusammen halte. Hierauf antwortete Thomas Meyer, dass es ist nicht mehr „wie in den Kindertagen unserer Bewegung“ eine überschwängliche Erlösungsverheißung, aber doch ein großes Versprechen gebe:

„Wir stehen für die **Garantien einer sozialen Demokratie**: wir sichern den grundrechtsgestützten Sozialstaat, wir organisieren die politische, sozialen und ökologische Einbettung der Marktwirtschaft, wir stellen nicht nur die Chancengleichheit im gesamten Bildungssystem her, sondern gewährleisten eine faire Chancengesellschaft, die allen Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Entfaltung ihrer persönlichen Fähigkeiten ermöglicht. Wir garantieren

die sozialen Voraussetzungen für ein gesichertes und selbstbestimmtes Leben und Überlassen es den Entscheidungen der Menschen selbst, auf dieser Grundlage zu erstreben, was sie glücklich macht. Wir wissen, dass erst ein gesichertes soziales Europa und eine faire Globalisierung die Voraussetzungen unserer Vision dauerhaft machen. Das alles ist zwar nicht der Himmel auf Erden, aber es ist machbar und in der Risikowelt der Gegenwart ein großes Versprechen. Ihm unter allen Umständen gerecht zu werden, ist der bleibende Sinn und die politische Rechtfertigung einer sozialdemokratischen Partei“, so Thomas Meyer.



Martin Dörmann fasste am Ende die Diskussion zusammen. Es habe sich gezeigt, dass soziale Demokratie Zukunft habe und gleichzeitig eine dauernde Aufgabe sei. Er lud dazu ein, sich aktiv an der Programmdebatte zu beteiligen, die die Köln-SPD in den nächsten Monaten durchführen werde (siehe hierzu auch den Bericht auf Seite 12 dieser Berlin Depesche).



Die besondere Bedeutung des Buchautors wurde übrigens zwischenzeitlich dadurch sichtbar, dass er vom Präsidium der SPD in die vierköpfige **Redaktionsgruppe** für das neue **SPD-Grundsatzprogramm** berufen wurde. Neben **Franz Müntefering, Wolfgang Thierse** und **Ute Vogt** wird **Thomas Meyer** den Programmentwurf schreiben, der dann – nach Beratung und Verabschiedung in der Programmkommission – Diskussionsgrundlage für die Ortsvereine und den SPD-Parteitag sein wird.



Thomas Meyer (rechts) wurde zwischenzeitlich zusammen mit Müntefering, Thierse und Vogt in die vierköpfige Redaktionsgruppe für das neue SPD-Grundsatzprogramm berufen

1.400 Gäste sahen einen optimistischen Ministerpräsidenten und einen staatsmännischen Bundeskanzler

Der Kölner Express gab die Stimmung im Saal so wieder: „Es war ein euphorischer Empfang, den die 1.400 Gäste im Gürzenich dem Bundeskanzler bereiteten. **Gerhard Schröder** wurde beim politischen Aschermittwoch so bejubelt, wie es im letzten Jahr selbst Genossen nicht mehr für möglich gehalten haben ... Die Reden der drei Sozi-Gladiatoren (Schröder, Steinbrück und Schartau) wurden immer wieder von Jubel unterbrochen. „Ich habe immer gesagt, dass die Stimmung wieder für die SPD ausschlagen wird“, sagte **Ben Wisch** nach der Rede des Kanzlers. „Wichtig ist Durchhaltevermögen.“



Herzliche Umarmung zwischen Ben Wisch und Gerhard Schröder beim Einzug

Während **Peer Steinbrück** sich in seiner Rede betont kämpferisch zeigte, präsentierte sich Gerhard Schröder ganz als Staatsmann.

Die aktuellen Angriffe Stoibers wies Schröder souverän zurück. Er fordere den bayerischen Ministerpräsidenten auf, die „unsinnigen und unhistorischen Vergleiche zwischen Weimar und Berlin“ zu beenden, rief der Kanzler unter Beifall. Die Menschen in Deutschland glaubten diese Schuldzuweisungen nicht. Stoiber erreiche nur, dass „die, die im braunen Sumpf im Trüben fischen, sich die Hände reiben“. Deutschland brauche vielmehr den Aufstand der Anständigen.



SPD-Urgestein Hans-Jürgen Wischniewski fühlte sich am Aschermittwoch noch sichtlich wohl. Er wurde von Ministerpräsident Steinbrück namentlich begrüßt und erhielt riesigen Applaus.



Die Arbeitslosenzahl von mehr als 5 Millionen sei „bedrückend“ und „treibe jeden von uns um“. Der eingeschlagene Reformweg sei aber richtig. Ansonsten skizzierte der Bundeskanzler eine breite Palette von Themen, angefangen von der Situation im Irak und Iran über die Europapolitik bis hin zu innenpolitischen Themen. Er bekannte sich zum Ziel, die Entwicklungshilfemittel schrittweise bis zu einem Anteil von 0,7% am Bruttoinlandsprodukt bis 2015 zu steigern.



Offensichtlich bestens gelaunt: Steinbrück und Schröder

Zu Beginn der Veranstaltung hatten bereits die Gruppe „**Brings**“ mit toller Musik und Kabarettist **Jürgen Becker** mit deftigen Sprüchen für Stimmung gesorgt.



Ministerpräsident Peer Steinbrück mit den Kandidatinnen und Kandidaten zur Landtagswahl (v.l.): Marc Jan Eumann, Anke Brunn, Martin Börschel, Peer Steinbrück, Stephan Gatter, Tayfun Keltek, Jochen Ott und Ingrid Hack

Bundestagsrede von Martin Dörmann in der Plenardebatte am 17. Februar

Erstmals übergab die Bundesregierung einen „Verbraucherpolitischen Bericht 2004“ an den Bundestag. Aus diesem Anlass fand eine Bundestagsdebatte statt, bei der ein Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen zum „Bericht der Bundesregierung – Aktionsplan Verbraucherschutz“ beschlossen wurde.

„Wissen was drin ist“

Verbraucherschutz ist eine Querschnittsaufgabe, die zahlreiche Lebensbereiche umfasst. Anhand der Schwerpunkte der Verbraucherpolitik der Bundesregierung zieht der verbraucherpolitische Bericht Bilanz und gibt Auskunft über Fortschritte und den Stand der Dinge im Verbraucherschutz. Die Bundesregierung verfolgt in ihrer Verbraucherschutzpolitik zwei Leitlinien: den wirtschaftlichen und gesundheitlichen Schutz der Verbraucher/innen und die Stärkung ihrer Selbstbestimmung. Die Fraktionen von SPD und Grünen begrüßen den von der Bundesregierung vorgelegten Verbraucherpolitischen Bericht 2004 und fordern die Bundesregierung auf, die Ziele ihrer Verbraucher-

politik weiter konsequent umzusetzen. Eine erfolgreiche Wirtschaft braucht eine innovative und konsequente Verbraucherpolitik. Eine aktive Verbraucherpolitik ist keine Belastung für eine kundenorientierte Wirtschaft sondern verbessert vielmehr deren Entwicklungsmöglichkeiten.

Aktionsplan Verbraucherschutz

Bereits im vergangenen Jahr hat die Bundesregierung den Aktionsplan Verbraucherschutz beschlossen, der das verbraucherpolitische Programm der Bundesregierung für diese Legislaturperiode enthält. Die drei Grundsätze des Aktionsplans:

- Vorsorgeprinzip beim gesundheitlichen Verbraucherschutz
- Vorsorgeschutz der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher/innen
- Stärkung der Eigenverantwortung

Bundestagsrede von Martin Dörmann zum Verbraucherpolitischen Bericht der Bundesregierung:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Frau Happach-Kasan, zu Ihrer Rede nur eine Anmerkung: Das war kein Beitrag zu einer verbraucherpolitischen Debatte, sondern allenfalls ein Beitrag zum Wahlkampf, allerdings ein schlechter.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der von der Bundesregierung vorgelegte „**Verbraucherpolitische Bericht 2004**“ dokumentiert den hohen Stellenwert, den Verbraucherpolitik für die rotgrüne Koalition einnimmt. Zahlreiche Maßnahmen wurden bereits umgesetzt und haben den Schutz und die Stellung der Verbraucherinnen und Verbraucher deutlich erhöht.

Zu Recht orientiert sich die Bundesregierung dabei am **Leitbild des selbstbestimmten und informierten Verbrauchers**.

Wir alle leben in einer Informationsgesellschaft, in der die verfügbaren Informationen von Tag zu Tag ebenso wachsen wie das Bedürfnis der Menschen, sich zu orientieren und zu informieren. Die rot-grüne Koalition hat an vielen Stellen bewiesen, dass sie diesen Bedürfnissen konsequent Rechnung trägt. In mehreren **Gesetzen** wurden stärkere **Informationsrechte** bereits fest verankert, bei einigen steht der endgültige Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens unmittelbar bevor.

Beim **Geräte- und Produktsicherheitsgesetz** beispielsweise wurden Hersteller und Händler dazu verpflichtet, bei Sicherheitsmängeln von Produkten die Behörden von sich aus zu informieren. Die zuständigen Behörden wiederum müssen nunmehr die ihnen zur Verfügung stehenden Informationen über Gefah-

ren für Sicherheit und Gesundheit der Öffentlichkeit zugänglich machen.



Die eingebrachte Neufassung des **Umweltinformationsgesetzes** verpflichtet alle Stellen der öffentlichen Verwaltung des Bundes zur Herausgabe von Umweltinformationen. Beispielsweise soll jede Person Daten über die Schadstoffbelastung von Böden abrufen können. Das ebenfalls bereits eingebrachte Informationsfreiheitsgesetz eröffnet einen allgemeinen und voraussetzungslosen Zugang zu amtlichen Informationen des Bundes unter Berücksichtigung des Daten- und Geheimnisschutzes.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Jedermannsrecht stärkt die Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger. Es schafft mehr Transparenz und demokratische Kontrolle.

Bereits beschlossen hat der Bundestag das neue **Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch**, das sich derzeit im Vermittlungsverfahren befindet. →

Nach den Vorstellungen der rot-grünen Koalition sollen in dem Gesetz **umfassende Verbraucherinformationsrechte** geregelt werden.

Das ursprünglich geplante **Verbraucherinformationsgesetz** ist leider am Widerstand der Union im Bundestag und insbesondere im Bundesrat gescheitert.

Lassen Sie mich an dieser Stelle etwas zu dem Beitrag der **Kollegin Heinen** anmerken. Was das Verbraucherinformationsgesetz angeht – aber nicht nur in diesem Zusammenhang –, muss ich feststellen, Frau Kollegin Heinen, dass Ihr Umgang mit der Wahrheit reichlich ergänzungsbedürftig ist. Ihre heutigen Äußerungen sind reine Nebelkerzen, sodass ich mich frage, ob Sie noch wissen, wo Sie selber stehen.

(Hans-Michael Goldmann (FDP): Das war eine gute Rede!)

Ich möchte zwei Punkte festhalten. Erstens. Was Sie als Mogelpackung eines Verbraucherinformationsgesetzes vorlegen, bleibt weit hinter dem zurück, was wir ursprünglich vorhatten und was wir jetzt im Lebensmittel- und Futtermittelbereich regeln wollen.

Zweitens ist Ihre Behauptung falsch, dass das, was wir im LFGB regeln wollen, hinter den ursprünglich im Verbraucherinformationsgesetz vorgesehenen Regelungen zurückbleibt.

(Hans-Michael Goldmann (FDP): Aha!)

Das ist in weiten Teilen völlig unzutreffend; denn alle Erzeugnisse, die wir ursprünglich regeln wollten, sind im LFGB berücksichtigt: Lebensmittel, kosmetische Produkte, Bedarfsgegenstände und Wein. Hinzu kommen jetzt noch Futtermittel.

Die **Union** wird an dieser Stelle eindeutig Farbe bekennen müssen. In Pressemitteilungen bezeichnet sie Verbraucherschutz gerne als eine zentrale politische Aufgabe. Doch Papier ist geduldig. Ein Schiff aus Papier kann aber nicht lange schwimmen. Bisher sah die Realität doch so aus: Wenn es um die tatsächliche Umsetzung von zusätzlichen Verbraucherinformationsrechten geht, dann taucht die Union gerne weg.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir und vor allem die Bürgerinnen und Bürger werden Sie aber ausschließlich an Ihren Taten messen, liebe

Kolleginnen und Kollegen der Union. Geben Sie sich also endlich einen Ruck!

Wir wollen zum einen das **Recht der Behörden** regeln, in bestimmten Fällen über verbraucherrelevante Sachverhalte aktiv zu informieren, und zwar auch und gerade im Vorsorgebereich. Zum anderen wollen wir aber auch das **Recht der Verbraucherinnen und Verbraucher** auf den Zugang zu Informationen verankern, die bei den Behörden bereits vorliegen. Dies soll auch dann gelten, wenn die Behörden nicht selbst aktiv informieren müssen, etwa weil gesetzlich festgelegte Grenzwerte noch nicht überschritten sind. Gerade dagegen wehrt sich doch die Union.

Mit diesen umfassenden Informationsrechten wollen wir dem gestiegenen **Gesundheitsbewusstsein** und **Informationsbedürfnis** der Verbraucherinnen und Verbraucher gerade im Lebensmittelbereich nachkommen. Hiermit würden wir gleichzeitig ihre Stellung als aktive Marktteilnehmer deutlich stärken. Es ist dabei durchaus beabsichtigt, indirekt auch einen **Qualitätswettbewerb** bei den Unternehmen herbeizuführen. Wenn ein Unternehmen damit rechnen muss, dass bestimmte möglicherweise problematische Informationen über ein Produkt vom Verbraucher abgerufen werden können, dann wird er sich bemühen, die Qualität des Produktes zu verbessern, um gegenüber Konkurrenten bestehen zu können. Eine so verstandene Verbraucherpolitik ist deshalb ein wichtiger Bestandteil einer **sozialen Marktwirtschaft**.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Von daher ist es nicht nachzuvollziehen, dass sich die Union bisher so sehr gegen die Forderung eines Qualitätswettbewerbes durch mehr Informationen stemmt. Das liegt weder im Verbraucherinteresse noch im Interesse der Unternehmen, die qualitativ hochwertige und unbedenkliche Produkte herstellen. Ich fordere deshalb die Marktwirtschaftler in der Union, aber auch in der FDP auf, endlich den Weg für **mehr Informationsrechte** und **besseren Wettbewerb** freizumachen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Empfang für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Porz

Peer Steinbrück setzt beim gesellschaftlichen Wandel auf sozialen Zusammenhalt

„Ich brauche Euch!“ Mit diesem Appell bat Ministerpräsident **Peer Steinbrück** die SPD-Mitglieder und Sympathisanten beim Arbeitnehmerempfang der SPD Porz/Poll im vollbesetzten Rathaussaal, mitzuhelfen, eine Fortsetzung der sozialen Politik in Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen.

Steinbrück verwies auf die erfolgreiche Politik der SPD. Dazu gehöre vor allem der Strukturwandel. So seien beispielsweise heute eine Millionen Menschen im Gesundheitsbereich und 350.000 Menschen im Medienbereich aber nur noch 38.000 im Bergbau beschäftigt. Steinbrück wörtlich: "Dieses Land ist trotz seiner Probleme ein starkes Land."



Peer Steinbrück in Porz

Das neue Energiewirtschaftsgesetz stärkt Verbraucherinteressen

Mit der in 2./3. Lesung vom Bundestag beschlossenen **Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes** (EnWG) werden die Vorgaben der EU-Beschleunigungsrichtlinien für Strom und Gas umgesetzt. Daneben soll mit der EnWG-Novelle und der Errichtung einer bundeseinheitlichen Regulierungsbehörde der ordnungspolitische Rahmen für Wettbewerb, Investitionen und Versorgungssicherheit bei Strom und Gas modernisiert werden. Der zustimmungspflichtige Gesetzentwurf wird nun im Bundesrat beraten. Es soll spätestens zum 1. Juli 2005 in Kraft treten.

In der **Plenardebatte im Deutschen Bundestag am 15. April** betonten Wirtschaftsminister **Wolfgang Clement** und der energiepolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion **Rolf Hempelmann** die wirtschaftliche Bedeutung der Novelle. **Martin Dörmann** strich in seiner nachfolgend dokumentierten Rede den großen Nutzen für die Verbraucherinnen und Verbraucher heraus.

Bundestagsrede von Martin Dörmann vom 15. April 2005 zur Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mit der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes werden wir ein neues **Grundgesetz für die Energiewirtschaft** verabschieden, das weit reichende Konsequenzen für alle Beteiligten haben wird. Gerade auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher bringt die Novelle entscheidende Verbesserungen und einen echten Durchbruch. **Haushaltskunden** sind sowohl an einer preisgünstigen als auch an einer sicheren und umweltverträglichen Versorgung mit Strom und Gas interessiert. Zur Verwirklichung dieses Dreiklangs haben wir gute Lösungen gefunden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die wichtigsten **Fortschritte im Sinne der Verbraucherinteressen** möchte ich stichwortartig zusammenfassen:

Mit der Errichtung einer starken und unabhängigen **Regulierungsbehörde**, der Bundesnetzagentur, wird erstmals eine wirkungsvolle Aufsicht über die Strom- und Gasnetze hergestellt. Dies schafft endlich mehr Wettbewerb und Transparenz.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Alle **Preiserhöhungen von Netzbetreibern** kommen auf den **Prüfstand**. Bereits vollzogene Preiserhöhungen können bei Missbrauch revidiert werden. Alle neuen Preiserhöhungswünsche werden sich einer Vorabprüfung stellen müssen, die die Regulierungsbehörde vornimmt.

Hierdurch wird die Angemessenheit der Netznutzungsentgelte sichergestellt. Darüber hinaus wird bereits ein Jahr nach In-Kraft-Treten des neuen Energiewirtschaftsgesetzes eine **Anreizregulierung mit Preisobergrenzen** eingeführt, die sich an den Effizienzsteigerungen orientiert. Ich rechne fest damit, dass es im Zuge dieser Anreizregulierung zu sinkenden Netzentgelten zugunsten der Kunden kommen wird; denn jetzt hat die Regulierungsbehörde endlich ein entscheidendes Instrument in der Hand, um Spielräume für Preissenkungen tatsächlich auszuschöpfen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Michaela Hustedt (BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN))

Gleichzeitig werden mit dem neuen Energiewirtschaftsgesetz die Voraussetzungen für die Beibehaltung und Fortführung der in Deutschland **hohen Versorgungsqualität** geschaffen. Die Energiewirtschaft hat bereits **Investitionen in das Netz und in die Kraftwerke** in Höhe von **19 Milliarden Euro bis 2010** angekündigt. Mit diesem Gesetz schaffen wir **Planungssicherheit** für diese Investitionen und das ist gut für unsere Wirtschaft.

Wir **liberalisieren** zudem das **Mess- und Zählwesen**. Das war längst überfällig. Das bisherige Monopol hat dazu geführt, dass die Kunden zwangsläufig überhöhte Preise zahlen mussten. Zukünftig können der Einbau, der Betrieb und die Wartung von Messeinrichtungen auf Wunsch des betroffenen Kunden von einem Dritten durchgeführt werden. Damit setzen wir auch in diesem Bereich einen Wettbewerb in Gang, der in der Folge zu spürbaren Kostenersparnissen bei den Haushaltskunden führen wird.

(Beifall bei der SPD)



Die **Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher** und ihre Stellung als Marktteilnehmer werden auch durch andere Vorschriften gestärkt, beispielsweise bei der Abwicklung eines Anbieterwechsels. Der Wechsel eines Stromanbieters wird künftig nach standardisierten und möglichst einfachen Regeln durchgeführt werden können. Aus Verbrauchersicht besonders zu begrüßen ist es, dass ein **Klagerecht auch für die Verbraucherverbände** vorgesehen ist.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Michaela Hustedt (BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN))

Bei Gesetzesverstößen oder bei Zuwiderhandlungen gegen Entscheidungen der Regulierungsbehörde sind sie berechtigt, Anträge auf Unterlassung und Scha-

densersatz zu stellen. In Fällen, in denen missbräuchliches Verhalten eine Vielzahl von Verbrauchern geschädigt hat, haben Verbraucherverbände darüber hinaus die Möglichkeit, eine Vorteilsabschöpfung zu beantragen.

Ein solch umfangreiches Verbandsklagerecht ist ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung der Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Michaela Hustedt (BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN))

Weitreichende Vorschriften zur **Stromkennzeichnung** stellen eine umfassende Information der Haushaltskunden sicher. Sie ermöglichen eine bewusste Produktwahl und verhindern irreführende Werbeaktionen von Stromanbietern. Der Endverbraucher kann zukünftig in der Anlage zu seiner Stromrechnung beispielsweise den Anteil der einzelnen Energieträger und Informationen über die Umweltauswirkungen ablesen. Darüber hinaus schaffen wir **Kostentransparenz**. Die Rechnungen enthalten auch eine Aufschlüsselung über einzelne Kostenbestandteile. Schließlich wird – das ist

ganz besonders wichtig - im Gesetz ausdrücklich **Verbraucherschutz als Ziel** festgeschrieben.

Zusammenfassend lässt sich somit festhalten: **Verbraucherrechte und Verbraucherinteressen** werden durch das neue Energiewirtschaftsgesetz **entscheidend gestärkt**.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Michaela Hustedt (BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN))

Die Novelle bringt sowohl mehr **Wettbewerb**, mehr **Transparenz**, mehr **Effizienz** und größere **Spieldräume für Preissenkungen** als auch **Planungssicherheit** für zusätzliche Investitionen und **Versorgungssicherheit**. Deshalb wünsche ich mir sehr, dass es gelingt, im Vermittlungsverfahren, das heute von der Opposition angekündigt wurde, eine Einigung zu finden. Das wäre im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Buchvorstellung und Gespräch mit Hans-Jochen Vogel in Deutz

„Politik und Anstand – Warum wir ohne Werte nicht leben können“

In seinem neuen Buch „Politik und Anstand“ stellt sich **Hans-Jochen Vogel** den Fragen des Journalisten **Heribert Prantl** zu seinem politischen Wirken und der Bedeutung von Werten in der Politik.



Hans-Jochen Vogel ließ es sich nicht nehmen, selbst einige Buchpassagen vorzutragen

Bei der Buchvorstellung im modernen Jugendhaus Deutz am 3. Mai bezog er auch Stellung zu aktuellen politischen Fragen.

So unterstützte er ausdrücklich die Kapitalismuskritik von Franz Müntefering und forderte von manchen Unternehmensmanagern großer Unternehmen mehr Verantwortungsbewusstsein. Vogel hob die Bedeutung der Grundwerte in der aktuellen Programmdebatte hervor, die die Sozialdemokratie eine. Er will am Begriff des „demokratischen Sozialismus“ festhalten und würdigte gleichzeitig die Grundlinie der Agenda 2010, weil sie eine notwendige Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung darstelle.

Die Zuschauer, darunter die ehemaligen SPD-Abgeordneten Gepa Maibaum und Conny Gilges,

zeigten sich am Ende begeistert von dem ungebrochenen Engagement des sozialdemokratischen Urgesteins.



Gemeinsam mit Anke Brunn stellte Martin Dörmann in Deutz das neue Buch von Hans-Jochen Vogel vor



Zum Schluss erfüllte Hans-Jochen Vogel gerne die zahlreichen Autogrammwünsche

Fotos: Dennebier (Homepage: www.schael-sick-online.de)

Kurzberichte von weiteren Veranstaltungen im Wahlkreis

Zusammen mit den drei Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten **Lale Akgün**, **Martin Dörmann** und **Rolf Mützenich** nahm am 22. April Bundesinnenminister **Otto Schily** an einer Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion im Gürzenich teil.



Otto Schily diskutierte im Kölner Gürzenich
(Foto: H. Heinrich)

Vor über 200 Zuhören sprach und diskutierte er zum Thema: „**Grundrechte verteidigen – Extremismus bekämpfen**“. Dabei betonte er, dass für einen erfolgreichen Kampf gegen Rechtsextremismus sowohl unterschiedenes Vorgehen des Staates als auch Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit notwendig sei. Besonders müsse man sich dabei um Jugendliche kümmern.

Es sei aber auch Zivilcourage und das Engagement jedes einzelnen gefragt. Denn der Kampf gegen Extremismus sei letztendlich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Am 24. April sprach SPD-Generalsekretär **Klaus Uwe Benneter** beim SPD-Frühjahrsempfang in Kalk über „Perspektiven für Deutschland“. Die neue Stadtbezirksvorsitzende **Susana dos Santos-Hermann** konnte zahlreiche Gäste begrüßen, darunter **Stephan Gatter**, **Jochen Ott** und **Martin Dörmann**.



Klaus Uwe Benneter kam zum Frühjahrsempfang in Kalk

SPD-Verbraucherpolitiker besuchten die Kölner Verbraucherberatungsstelle

„**Seismograf am Puls der Bürger**“ - **Martin Dörmann** und andere Bundestagsabgeordnete informierten sich im Rahmen einer NRW-Tour vor Ort über Verbrauchertemen

Im Rahmen einer NRW-Wahlkreisbereisung besuchten Ende April Bundestagsabgeordnete der SPD-Arbeitsgruppe Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion, darunter **Martin Dörmann**, mehrere Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen. Auf dem Terminplan standen die Städte Wuppertal, Rheinberg, Duisburg, Elsdorf und Köln.

Auf ihrer Station in Köln besuchten die Verbraucherpolitiker die Beratungsstelle der Verbraucherzentrale. Im Gespräch mit dem Vorstand der Verbraucherzentrale NRW, **Dr. Karl-Heinz Schaffartzik**, der Leiterin der Kölner Verbraucherberatungsstelle, **Susanne Bauer-Jautz**, und mehreren Fachberatern informierten sich die Abgeordneten über die Beratungsarbeit, wichtige verbraucherpolitische Themen und über die finanzielle Situation der Verbraucherzentralen in NRW.

Zum Besuch meinte Martin Dörmann: „Die Kölner Beratungsstelle der Verbraucherzentrale NRW leistet eine hervorragende Arbeit und stößt bei den Kölnerinnen und Kölnern auf große Resonanz. Jedes Jahr erhält die Beratungsstelle rund 45.000 Anfragen von Verbraucherinnen und Verbrauchern. Die Verbraucherzentralen sind für uns ein Seismograf am Puls der Bürgerinnen und Bürger. Sie erfahren als Erste, wo den Verbrauchern der Schuh drückt. Deshalb war es

uns wichtig, die aktuellen Problemlagen aus erster Hand zu erfahren. Daneben geht es uns aber auch darum, zu überlegen, wie das gute Angebot der Verbraucherzentralen finanziell abgesichert werden kann.

Das Land NRW fördert die Verbraucherzentrale NRW im Jahr 2005 mit einem Betrag von 9,3 Millionen Euro, die insbesondere auch den Beratungsstellen vor Ort zugute kommen. Ich freue mich, dass dieser Betrag im Vergleich zu 2004 trotz schwieriger Haushaltslage stabil geblieben ist.

Auch auf der Bundesebene wird die Arbeit der unabhängigen Verbraucherorganisationen gefördert. Die Haushaltsmittel für die Bundesebene konnten in den letzten Jahren auf einem gleichbleibend guten Niveau gehalten werden, für einzelne Projekte sind sie sogar gewachsen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich auch in Zukunft für eine unabhängige und leistungsfähige Verbraucherberatung stark machen.“

Die Kölner Verbraucherzentrale in der Neuen Weyerstrasse 2 (Innenstadt) ist die zweitälteste Beratungsstelle für Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland und feierte im März ihr 50-jähriges Jubiläum. Sie bietet zu verschiedensten Themen persönliche oder telefonische Information und Beratung an.

Martin Dörmann wechselt in den Verteidigungsausschuss des Bundestages

Nachfolge für Reinhold Robbe – Martin Dörmann scheidet beim Verbraucherschutz aus und bleibt Mitglied im Europaausschuss

Martin Dörmann folgt auf **Reinhold Robbe** als Mitglied im Verteidigungsausschuss. Der bisherige Ausschussvorsitzende wurde am 12. Mai als neuer Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages vereidigt und hatte sein Abgeordnetenmandat zuvor niedergelegt. Neue Ausschussvorsitzende wurde **Ulrike Merten**.

Mit der neuen Mitgliedschaft im Verteidigungsausschuss gibt Martin Dörmann seine bisherige Mitgliedschaft im Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft auf. Daneben bleibt er ordentliches Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss des Deutschen Bundestages.

Den Ausschusswechsel erläuterte Martin Dörmann so:

„Ich freue mich auf meine neue und verantwortungsvolle politische Tätigkeit im Verteidigungsausschuss. Angesichts des Strukturwandels, den die Bundeswehr derzeit durchlebt, ist dies eine besonders spannende Aufgabe.“

Der Wechsel aus dem Verbraucherschutz Ausschuss ist mir zwar nicht leicht gefallen, zumal wir in den verbraucherpolitischen Themenbereichen, für die ich als Berichterstatter zuständig war, gerade in letzter Zeit gute Erfolge vorweisen konnten. Als ich gefragt wurde, ob ich in den Verteidigungsausschuss gehen möchte, habe ich dennoch gerne zugestimmt, da ich

mich bereits seit vielen Jahren mit sicherheitspolitischen Fragen befasst habe.

Letzten Endes hat für mich den Ausschlag gegeben, dass in meinem Kölner Wahlkreis viele wichtige Bundeswehreinrichtungen angesiedelt sind, darunter die größte Luftwaffenkaserne Deutschlands in Porz-Wahn und das Personalamt der Bundeswehr. Insgesamt sind in Köln über 9.500 Bundeswehrangehörige stationiert, die meisten davon in meinem Wahlkreis. Nicht zuletzt deshalb liegt mir die Zukunft der Bundeswehr besonders am Herzen.“



Reinhold Robbe, Peter Struck, Martin Dörmann und Ulrike Merten (v.l.) bei der Verabschiedung von Reinhold Robbe

Vorgezogene Bundestagswahl am 18. September 2005 geplant

Erste Verfahrensfragen sind geklärt – Kölner SPD-Abgeordnete kandidieren erneut

Gerhard Schröder und **Franz Müntefering** haben am Abend der NRW-Wahlen angekündigt, bis zum Herbst vorgezogene Bundestagswahlen anzustreben. Der Bundeskanzler wies in seiner Begründung darauf hin, dass durch die Wahlniederlage der rot-grünen Koalition in NRW die politische Grundlage und notwendige Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger für die Reformpolitik in Frage gestellt sei. Dies könne nur durch vorgezogene Bundestagswahlen überwunden werden.

Inzwischen sind einige Grunddaten des weiteren Verfahrens geklärt. Am **1. Juli** wird der Bundeskanzler die **Vertrauensfrage** stellen. Danach entscheidet der Bundespräsident innerhalb von 21 Tagen nach Artikel 68 GG über die Auflösung des Bundestages. Für diesen Fall findet die **Bundestagswahl am 18. September** statt. Aus Respekt vor dem Amt des Bundespräsidenten soll der genaue Inhalt der Vertrauensfrage erst am Ende bekannt gegeben werden, um wenig hilfreiche Spekulationen im Vorfeld der Entscheidung zu vermeiden.

Franz Müntefering erklärte in einem Schreiben an die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion am 31. Mai unter anderem:

„...wir kämpfen dafür, dass Gerhard Schröder Bundeskanzler bleibt und die SPD stärkste Fraktion. Wenn es rechnerisch reicht, wollen wir die rot-grüne Koalition fortsetzen. Jetzt geht es aber erst einmal darum, die SPD wieder zur stärksten Kraft zu machen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass wir mit Gerhard Schröder an der Spitze weiterregieren können.“



Was bleibt vom Projekt der Sozialdemokratie im Zeitalter der Globalisierung?

Thomas Meyer macht Mut und legt zwei gewichtige Bücher zur Theorie und Zukunft der sozialen Demokratie vor

Es besteht Klärungsbedarf. Der immer schneller fortschreitende Prozess einer globalisierten Wirtschaft und die daraus resultierende Politik der „Agenda 2010“ haben – Hand auf’s Herz – die Sozialdemokratie tief verunsichert. Die frühere Selbstgewissheit, dem Neoliberalismus eine klare soziale Alternative entgegenzusetzen zu können, scheint gedämpft, bei manchen gar verfliegen.

Der Markt diktiert in immer stärker werdendem Maße dem Staat die Rahmenbedingungen und nicht umgekehrt. Das ist gerade für die staatsorientierte SPD bitter. Internationaler Konkurrenzdruck, die Alterung der deutschen Gesellschaft, strukturell hohe Arbeitslosigkeit und immer knapper werdende finanzielle Spielräume des Staates erfordern zudem einen Umbau der sozialen Sicherungssysteme. Was an manchen Stellen einen tatsächlichen Rückbau bedeutet. Dabei ist gerade der Sozialstaat Kern der Identität und des Selbstbewusstseins der SPD.

Orientierung tut also Not. Liegt das sozialdemokratische Jahrhundert wirklich hinter uns? Was bleibt noch vom sozialdemokratischen Projekt als gesellschaftlichem Fortschrittsimpuls im Zeitalter der Globalisierung?

Antworten auf diese Fragen liefern zwei kürzlich erschiene Bücher von **Thomas Meyer**, die nicht nur vom Umfang her gewichtig sind. Auf 685 Seiten bringt es seine „**Theorie der Sozialen Demokratie**“. Ihr soll Ende des Jahres ein 2. Band zur Praxis folgen. Ein vergleichbares Projekt gab es bisher nicht. Eine quasi zusammenfassende Einführung liefert das immerhin noch 270 Seiten starke Buch „**Die Zukunft der Sozialen Demokratie**“, um das es hier gehen soll.

Thomas Meyer ist wissenschaftlicher Leiter der Politischen Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung und kein unbeschriebenes Blatt. Es ist kein Zufall, dass er vom SPD-Parteivorstand neben Müntefering, Thierse und Vogt in die vierköpfige Redaktionsgruppe für den ersten Entwurf des neuen SPD-Grundsatzprogramms berufen wurde. Der profilierte Politologe hat bereits ganz wesentlich am Berliner Programm mitgearbeitet und ist sicher einer der einflussreichsten Programmatiker der SPD, auch wenn er lieber im Hintergrund arbeitet. Ihn zeichnet besonders aus, dass er in den Grundwerten fest verankert ist und weder einem rückwärtsgewandtem Traditionalismus noch einem beliebigen Zeitgeist anhängt.

Ausgangspunkt seines Buches ist die Analyse, dass sich in der heutigen Welt zwei prinzipiell konkurrierende Modelle der Demokratie gegenüber stehen. Auf der einen Seite das libertäre Modell, das beispielsweise die USA verkörpern. Der Freiheitsbegriff fuße hier auf einem selbst regulierten Markt und freiem Privateigentum, während der Staat lediglich die Erhaltung der politischen Ordnung garantiere.

Demgegenüber sei der Anspruch der sozialen Demokratie viel weiter gehend. Neben den bürgerlichen und politischen nehme sie auch die sozialen und ökonomischen Grundrechte der Menschen ernst. Sie wolle deshalb sozialstaatliche Sicherung, gesellschaftliche Teilhabe und den Vorrang der politi-

schen Verantwortung vor den Kräften des Marktes. Zu den Vertretern dieses Modells zählt Thomas Meyer vom Prinzip her die meisten Länder Europas, wobei sich dort unterschiedliche Typen ausgebildet hätten.



Die Alternativen heißen: libertäre oder soziale Demokratie.

Wie sieht es aber im ökonomischen Vergleich der beiden Modelle aus? Scheint nicht das libertäre Element in der globalisierten Welt in den letzten Jahren zugenommen zu haben? Ist die soziale Demokratie noch konkurrenzfähig?

Thomas Meyer macht den Sozialdemokraten Mut. Ja, die Globalisierung bedeute eine Herausforderung und zwingt zu Konsequenzen. Aber sie entziehe dem Modell der sozialen Demokratie keineswegs die Grundlagen. Vielmehr lasse sich empirisch nachweisen, dass sich soziale Marktwirtschaften mit grundrechtsgestützten Sozialstaaten – etwa in Skandinavien – im globalen Wettbewerb mindestens ebenso behaupten könnten, wie liberale Marktwirtschaften. Ausführlich stellt er in einem gesonderten Kapitel Ländervergleiche dar, die das belegen.

Eine reformorientierte Politik „mit den Märkten“ soll Beschäftigung und den Sozialstaat sichern

Gleichzeitig macht er deutlich, wo er Handlungsbedarf sieht. Auf die neue weltweite Arbeitsteilung und einen verschärften Wettbewerb müssten sich alle Länder einstellen. Thomas Meyer plädiert für eine reformorientierte Politik „mit den Märkten“ und nicht gegen sie. Am Ziel der Vollbeschäftigung will er festhalten. Eine national verantwortete Beschäftigungspolitik habe weiterhin erhebliche Handlungsspielräume, etwa über Steuern, Sozialabgaben oder Niedriglohnsubventionen. Auf europäischer Ebene müsse aber endlich die Asymmetrie überwunden werden, dass der Einigungsprozess sich im Wesentlichen zugunsten der freien Märkte und zuungunsten der politischen Steuerungskompetenzen ausgewirkt habe.

Eine Politik der weitgehenden Rücknahme des Sozialstaats und eine Lohnspirale nach unten verbiete sich. Zur nachhaltigen Finanzierung des Sozialstaates kämen vor allem diejenigen Strategien in Betracht, die sich in einzelnen Vorreiterländern als erfolgreich erwiesen hätten, wobei Meyer insbesondere auf Skandinavien und die Niederlande verweist. Ein Stück Leistungsreduzierung und stärkere Selbstverantwo-

tung gehörten dazu. Programme zur Aktivierung und Weiterbildung für den Arbeitsmarkt und der auf die Annahme von Beschäftigung bezogenen Organisation aktivierender Sozialleistungen sollten Vorrang vor Geldtransferleistungen und statussichernden Schutzmaßnahmen haben.

Eine stärkere Einkommensteuerfinanzierung des Sozialstaates statt einer lohnbezogenen Beitragsfinanzierung soll Arbeitskosten entlasten und neue Beschäftigungsmöglichkeiten im Dienstleistungsbereich eröffnen, eine steuerfinanzierte Grundrente zur Lösung der Probleme der Alterssicherung beitragen. Besonders wichtig sind Thomas Meyer eine Verknüpfung familien- und bildungsorientierter Reformstrategien. Als Elemente nennt er beispielsweise ein Bürgerrecht auf ganztägige Kinderbetreuung vom frühestmöglichen Vorschulalter an mit einkommensgestaffelten Beiträgen und die Erhöhung der Frauenerwerbsquote.

Die meisten Punkte sind schlüssig dargelegt und werden theoretisch unterfüttert. Folgen mag man dem Autor allerdings nicht in seiner relativ optimistischen Einschätzung in Bezug auf eine Lockerung des Kündigungsschutzes, wenn auch lediglich unter der Voraussetzung einer starken Absicherung im Falle der Arbeitslosigkeit, wie in Dänemark. Empirisch lässt sich die von ihm erwartete positive Auswirkung auf den Arbeitsmarkt nicht überzeugend belegen. Nur am Rande geht Meyer auf die Besonderheit der hohen West-Ost-Transferleistungen von jährlich 90 Milliarden Euro im Zusammenhang mit der deutschen Einheit und auf deren wirtschaftlich negative Auswirkungen für das Wachstum und die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme in Deutschland ein.

Von solchen Einzelfragen abgesehen, die in den umfassenderen Werken zur Theorie und Praxis breiter aufgegriffen sein mögen, bietet der Band zur Zukunft der sozialen Demokratie einen überzeugenden Ansatz. Er ist insbesondere eine lohnende Lektüre für alle, die an der Zukunftsfähigkeit der Sozialdemokratie zweifeln.

Ein Resümee: Was hält die Sozialdemokratie zusammen?

Was also bleibt unter dem Strich vom sozialdemokratischen Projekt? Bei einer Vorstellung seines Buches zur „Zukunft der Sozialen Demokratie“ in Köln wurde der Autor von einem Teilnehmer etwas skeptisch gefragt, was denn die Sozialdemokratie heute noch zusammen halte. Hierauf antwortete Thomas Meyer, dass es ist nicht mehr „wie in den Kindertagen unserer Bewegung“ eine überschwängliche Erlösungs-Verheißung, aber doch ein großes Versprechen gebe: „Wir stehen für die Garantien einer sozialen Demokra-

tie. Wir sichern den grundrechtsgestützten Sozialstaat. Wir organisieren die politische, soziale und ökologische Einbettung der Marktwirtschaft. Wir stellen nicht nur die Chancengleichheit im gesamten Bildungssystem her, sondern gewährleisten eine faire Chancengesellschaft, die allen Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Entfaltung ihrer persönlichen Fähigkeiten ermöglicht. Wir garantieren die sozialen Voraussetzungen für ein gesichertes und selbst bestimmtes Leben. Wir wissen, dass erst ein gesichertes soziales Europa und eine faire Globalisierung die Voraussetzungen unserer Vision dauerhaft machen.“

Das alles sei zwar nicht der Himmel auf Erden, aber es sei machbar und in der Risikowelt der Gegenwart ein großer Anspruch. Ihm gerecht zu werden, sei „der bleibende Sinn und die politische Rechtfertigung einer sozialdemokratischen Partei“, so Thomas Meyer.



Wolfgang Thierse stellte am 18. April im Berliner Willy-Brandt-Haus zusammen mit Thomas Meyer dessen neuestes Buch „Theorie der Sozialen Demokratie“ vor. In der hier abgedruckten Buchbesprechung von Martin Dörmann geht es schwerpunktmäßig um das kurz zuvor erschienene Buch „Die Zukunft der Sozialen Demokratie“

Es ist zu wünschen, dass die beiden Bücher von Thomas Meyer eine große Verbreitung finden. Sie liefern wichtige Impulse für die aktuelle Programmdebatte in der SPD. Diese wiederum bietet eine große Chance, sich der eigenen Ziele zu vergewissern, die hierfür notwendigen Instrumente kritisch zu prüfen, eine klare Orientierung zu geben und neues Selbstbewusstsein zu tanken.

Das Projekt lebt - auch und gerade unter den veränderten globalen Bedingungen. Die soziale Demokratie bleibt eine dauernde Aufgabe.

Thomas Meyer (Mitarbeit Nicole Breyer): Die Zukunft der Sozialen Demokratie. Herausgegeben und zu beziehen von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2005; 270 Seiten

Thomas Meyer: Theorie der Sozialen Demokratie. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, 685 Seiten; 39,90 Euro

Programmdebatte in der KölnSPD

Veranstaltung mit Prof. Karl Lauterbach zur Zukunft der Sozialversicherungssysteme

Die KölnSPD beteiligt sich aktiv an der Debatte um ein neues SPD-Grundsatzprogramm (siehe auch die Berichte in den Ausgaben Nr. 23, 24 und 25 der Berlin Depesche).

SPD-Programmdebatte in Köln

In der Veranstaltungsreihe zum Schwerpunktthema „Zukunft der Arbeit – Zukunft des Sozialstaats“ war am 2. Mai **Prof. Karl Lauterbach** Referent. Das Kölner SPD-Mitglied ist Direktor des Instituts für Gesundheitsökonomie an der Uni Köln und war Mitglied der „Rürup-Kommission“ sowie der SPD-Partei-Kommission zur Bürgerversicherung.

Karl Lauterbach betonte in seinem Eingangsreferat die demografischen Probleme und die große Bedeutung von Bildungsreformen für die langfristige Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland. Seine Standpunkte sind auf den nächsten beiden Seiten in einem **Gastbeitrag** nachzulesen.

Die Veranstaltungsteilnehmer stimmten in der anschließenden Diskussion den Thesen des Referenten ganz weitgehend zu. Insgesamt brachte auch dieser Abend eine Vielzahl von Anregungen für die SPD-Programmdebatte in Köln, wie Moderator **Martin Dörmann** zum Schluss feststellen konnte.



Anke Brunn, Karl Lauterbach, Norbert Burger und Martin Dörmann nach der Veranstaltung zur Programmdebatte

Besuch in der Finkenbergschule

Martin Dörmann und Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes zeigten sich vom vorbildlichen Engagement der Lehrer beeindruckt

Im Rahmen seiner „Politischen Sommertour 2005“ besuchte der Porzer Bundestagsabgeordnete **Martin Dörmann** (SPD) unmittelbar vor Ferienbeginn die Finkenbergschule. Begleitet wurde er durch Bürgermeisterin **Elfi Scho-Antwerpes**. Beide Politiker gewannen bei ihrem Besuch interessante Einblicke in den Schulalltag der Sonderschule im Porzer Stadtteil Finkenbergl.

Ausführlich schilderte die Spitze des Lehrerkollegiums, Schulleiter **Wolfgang Dettmar** und sein Stellvertreter **Georg Nolden**, Erfolge wie auch Probleme der Schule. Mit gewissem Stolz verwiesen sie darauf, dass die Schule seit dem Jahr 2000 Modellprojekt im sogenannten „Handwerk-Lernen“ ist, in dem ein Tischler, eine Ökotrophologin, eine IT-Fachkraft und eine Schneiderin mit den lernbehinderten Schülern Arbeitstugenden und Schlüsselqualifikationen im Simulationsraum Werkstatt trainieren.

Seit drei Jahren nimmt die Schule zudem am Modellprojekt „Selbstständige Schule“ teil. In diesem Rahmen konnte eine schuleigene „Lehrerfeuerwehr“ für Vertretungen eingerichtet werden. Eine wichtige Entlastung der Pädagogen, denn der Unterrichtsausfall tendiert seitdem gegen Null. Zudem wurde eine erweiterte Schulleitung gegründet, in der die gewählten Lehrervertreter die Mehrheit besitzen. Weiterer Vorteil des Landesprojekts: Im Rahmen eines vorgegebenen Budgets kann sich die Schulleitung personell und finanziell frei bewegen, was weniger Bürokratie und mehr Flexibilität bedeutet.



Martin Dörmann und Elfi Scho-Antwerpes ließen sich von Georg Nolden die unterschiedlichen Ausbildungsräume zeigen, hier die Schneiderei

Dazu Wolfgang Dettmar: „Das Modellprojekt Selbstständige Schule sorgt für eine ungeheure Aufbruchstimmung und ein starkes Miteinander für ein besseres Unterrichtsangebot für unsere Schüler. Selbstständige Schule ist das beste Modellprojekt, das im Ministerium für Schule, Jugend und Kinder erdacht wurde.“

Der Gewinn des Kölner Schulwettbewerb Cologne Area Schoolnet (CAS) versetzte die Einrichtung mit insgesamt 290 Schülerinnen und Schülern in die Lage, die Klassen mit PC-Hard- und Software auszustatten.

Die Gäste sahen sich mehrere Unterrichtsräume an, in denen die Schülerschaft handwerklich geschult wird.



In der Werkstatt lernten die Schüler gerade, ein Fahrrad zu reparieren

Martin Dörmann zeigte sich sehr beeindruckt von dem vielfältigen Engagement: „Die Lehrerschaft und insbesondere auch die Schulleitung zeigt einen vorbild-

lichen Einsatz für die Interessen ihrer Schützlinge. Ihr Engagement steckt an. Man spürt, dass die Schülerinnen und Schüler sich hier wohl fühlen und mitziehen.“

Er versprach einen Kontakt zur Bundesagentur für Arbeit herzustellen. Denn die Schule benötigt im Rahmen des Projekts Handwerkliches Lernen noch ausgebildete Fachkräfte zur Anleitung von Schülerinnen und Schüler. Positiv beurteilen die Pädagogen die neue Lernpartnerschaft mit dem Flughafen Köln/Bonn, in der Schüler im Rahmen eines Praktikums etwa im Bereich Landschaftspflege den Arbeitsalltag kennen lernen. Der Kontakt wurde durch SPD-Ratsmitglied **Jochen Ott** hergestellt.

Unterstützung seitens der Politik wünscht sich der stellvertretende Schulleiter Georg Nolden auch bei den erforderlichen Sanierungs- und Neubaumaßnahmen, die in den letzten Jahren nicht so Recht vorangekommen sind. Hier versprach Bürgermeisterin **Elfi Schöntwerpes**, sich für die Anliegen der Schule einzusetzen.

Besucherguppe in Berlin

Auf Einladung von Martin Dörmann nahmen 50 politikinteressierte Bürgerinnen und Bürger aus seinem Kölner Wahlkreis vom 7. bis 10. Juni an einer Informationsfahrt nach Berlin teil. In der Hauptstadt erwartete die Gruppe ein umfangreiches und interessantes Programm, welches den Besuch der Willy-Brandt-Stiftung in Schöneberg, eine Führung durch die Staufenberg-Gedenkstätte und dem Dokumentationszentrum Berliner Mauer ebenso einschloss, wie ein Informationsgespräch im Auswärtigen Amt und den Besuch des Jüdischen Museums in Berlin-Kreuzberg.

Auf einer Spreerundfahrt bei frühsummerlichen Temperaturen erlebten die Besucher die Hauptstadt einmal aus einer anderen Perspektive. Obligatorisch waren der Besuch des Plenarsaals im Reichstagsgebäude und die Besichtigung der imposanten Glaskuppel.

In der Diskussion mit Martin Dörmann im Paul-Löbe-Haus stand dann wieder die Politik und die spannende Frage im Vordergrund, wie es denn nun weitergehe

nach der Entscheidung des Bundeskanzlers, Neuwahlen anzustreben. Ausführlich beantwortete der Bundestagsabgeordnete alle ihm gestellten Fragen.



Besucherguppe im Juni



Bilder von der Besucherguppe im April (Fotos: H. Gerhard Kley)

SPD-Bundesabgeordnete informierten sich über den Kölner Arbeitsmarkt

Agentur für Arbeit Köln vermeldet spürbare Verbesserungen bei der Jugendarbeitslosigkeit

Am 6. Juli besuchten die drei Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten **Lale Akgün**, **Martin Dörmann** und **Rolf Mützenich** die Agentur für Arbeit in Köln. Die regelmäßigen Gespräche haben mittlerweile schon Tradition. Diesmal mit dabei: die Geschäftsführer **Peter Welters** (Vorsitzender) und **Roswitha Stock**, die Geschäftsführerin der ARGE Köln **Roswitha Jung** sowie **Gerd Zimmer** vom Personalrat.

Herr Welters stellte die aktuelle Situation des Kölner Arbeits- und Ausbildungsmarktes vor. Obwohl bei den Arbeitslosenzahlen ein leichter saisonaler Anstieg zu verzeichnen ist, zeichnet sich bei der Jugendarbeitslosigkeit ein deutlich positiver Trend ab, auch als Folge der zusätzlichen Fördermöglichkeiten durch die Arbeitsmarktreformen. Es hat die Experten anfangs überrascht, wie viele Jugendliche von der Sozialhilfe zur ARGE gekommen sind und von der Jobbörse nicht erfasst wurden. Nach rasantem Anstieg zum Jahresbeginn waren im Juni noch 2.499 Jüngere unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet.

Der Kölner Ausbildungsstellenmarkt ist noch angespannt, obwohl die IHK ein Plus von 20 % bei den Ausbildungsverträgen verzeichnet. Es gibt ein Zuwachs um 10 % bei berufsvorbereitenden Maßnahmen auf jetzt 2400 Plätze.

Roswitha Stock stellte das neue Kundenzentrum der Agentur für Arbeit Köln vor, das seit Mitte Juni mit neuen Ablä-

ufen und neuem Aufbau arbeitet. Das neue System wird bisher gut angenommen. In Köln gibt es jetzt 6 Standorte. Die Belastungen bei der Neuorganisation waren durch 900 interne Umzüge für die Mitarbeiter sehr hoch. Es gibt jetzt ein Service-Center, in dem 100 Mitarbeiter von 8:00 bis 18:00 Uhr telefonisch Auskünfte erteilen. Innerhalb von 10 Tagen erhält jeder Kunde einen 45-Minuten Gesprächstermin. Die Kundengespräche laufen in neuen modernen Großraumbüros absolut störungsfrei ab. Das neue Kundenzentrum hat einen hohen Nutzen für Arbeitssuchende und Arbeitgeber. Das Besucherzentrum in der Luxemburger Strasse wird täglich von 2000 Besuchern genutzt.



Lale Akgün, Roswitha Stock, Peter Welters und Martin Dörmann am Rande des Agenturbesuches

Michael Stamm neuer Mitarbeiter im Berliner Abgeordnetenbüro

Der Politikwissenschaftler ist Nachfolger von Ulrike Mühlberg

Unsere bisherige studentische Mitarbeiterin **Ulrike Mühlberg** hat ihr Examen erfolgreich abgeschlossen. Wir gratulieren und wünschen ihr für ihre berufliche Zukunft viel Erfolg! Schade, dass sie uns verlassen musste, um anderswo eine Vollzeitstelle antreten zu können. Sie bleibt dem Bundestag allerdings erhalten und arbeitet nun für den Bielefelder SPD-Bundestagsabgeordneten **Rainer Wend**. Er ist Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit. **Martin Dörmann** und das gesamte Mitarbeiterteam danken Ulrike Mühlberg auch an dieser Stelle noch einmal für die hervorragende und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Als Nachfolger konnten wir **Michael Stamm** gewinnen. Er ist seit dem 1. Juni als Mitarbeiter (Teilzeit) für Martin Dörmann tätig und kümmert sich insbesondere um die Beantwortung von Bürgeranfragen und die Redaktion der Berlin Depesche.

Weitere Mitarbeiter in unserem Berliner Abgeordnetenbüro sind wie bisher **Stefan Stader** als Büroleiter und **Chloé Aublin** (Teilzeit) als Wissenschaftliche Mitarbeiterin.

Aufgewachsen ist Michael Stamm in der Nähe von Frankfurt am Main. Nach seinem Abitur zog es ihn zum Studium in die mittelhessische Idylle, an die Philipps Universität Marburg, wo er letztes Jahr sein Studium in Politikwissenschaft, Soziologie und Friedens- und Konfliktforschung abschloss. Während seines Studiums leitete er für eineinhalb

Jahre das Wahlkreisbüro des gesundheitspolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion, **Dr. Thomas Spies**. Seit Oktober 2004 lebt Michael in Berlin und promoviert im Fach Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

Wenn der 27-Jährige nicht gerade in Berlin ist und an der neusten Ausgabe der Berlin-Depesche arbeitet, dann findet man Michael in seiner „zweiten Heimat“ Köln: Seine Freundin lebt seit fünf Jahren in Stadtteil Sülz. Zu finden sind die beiden am Wochenende meist im „Quartier-Lateng“ oder bei einem gemütlichen Sonntagsspaziergang am Rhein.



Das aktuelle Mitarbeiterteam in Berlin: Stefan Stader, Martin Dörmann, Chloé Aublin und Michael Stamm

WAHLKAMPFBILDER





Ihre 1. Stimme für *KÖLN*



MARTIN DÖRMANN



Die Ergebnisse der Bundestagswahlen 2005

SPD und CDU verlieren deutlich an Stimmen und liegen nur 3 Mandate auseinander. Sowohl Rot-Grün als auch Schwarz-Gelb verpassen eine Mehrheit. Alle Ergebnisse dieses vorläufigen amtlichen Endergebnisses berücksichtigen noch nicht die Ergebnisse im Wahlkreis 160 (Dresden I), wo am 2. Oktober eine Nachwahl stattfindet.

Stimmergebisse

Partei	Prozent	Veränderung
SPD	34,1	- 4,3
CDU/CSU	35,2	- 3,3
Grüne	8,1	- 0,4
FDP	9,8	+ 2,4
Die Linke	8,7	+ 4,7
Sonstige	3,9	+ 0,9

Wahlbeteiligung: 77,7 % (- 1,4%)

Sitzverteilung

Partei	Sitze	Veränderung
SPD	222	- 29
CDU/CSU	225	- 23
Grüne	51	- 4
FDP	61	+ 14
Die Linke	54	+ 52
GESAMT	613	+ 10*

* wegen Überhangmandate

Das Ergebnis der Bundestagswahl in NRW

SPD wieder stärkste Kraft

Die SPD ist in NRW wieder stärkste Kraft. Ein Absturz der CDU von mehr als 10%-Punkten gegenüber der Landtagswahl zeigt sehr deutlich, dass der Lack der neuen Landesregierung unter Jürgen Rüttgers bereits nach 100 Tagen ab ist.

Insgesamt ziehen 54 Abgeordnete aus NRW für die SPD in den Bundestag ein. Damit stellt die NRW-Landesgruppe der SPD wieder die stärkste Landesgruppe, noch deutlich vor der CSU.

Stimmergebisse in NRW (Zweitstimmen)		
Partei	Prozent	Veränderung
SPD	40,0	- 3,0
CDU	34,4	- 0,7
Grüne	7,6	- 1,3
FDP	10,0	+ 0,7
Die Linke	5,2	+ 4,0
Sonstige	2,8	- 0,4

Das Ergebnis der Bundestagswahl in Köln

SPD bleibt deutlich stärkste Partei und holt alle 4 Wahlkreise direkt

Die SPD bleibt mit Abstand stärkste Partei in Köln, muss aber auch Verluste hinnehmen, insbesondere durch die zusätzlichen Stimmen für die Linkspartei.

Alle 4 Kölner Bundestagskandidaten wurden mit deutlichem Vorsprung direkt gewählt: Martin Dörmann (Wahlkreis 94), Lale Akgün (WK 96), Rolf Mützenich (WK 95) und Karl Lauterbach (WK 102).

Stimmergebisse in der Stadt Köln (Zweitstimmen)		
Partei	Prozent	Veränderung
SPD	38,1	- 3,8
CDU	27,2	- 1,8
Grüne	14,9	- 1,6
FDP	11,5	+ 2,6
Die Linke	5,8	+ 3,9
Sonstige	2,5	+ 0,4

Stimmergebisse in den 4 Kölner Bundestagswahlkreisen (Zweitstimmen)

Wahlkreis	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	Die Linke.
94 Köln I Porz, Kalk, nördliche Innenstadt	39,6% (- 3,3)	27,1 % (- 2,0)	13,3% (- 1,9)	11,0% (+ 2,4)	6,1% (+ 4,2)
95 Köln II Rodenkirchen, Lindenthal, südl. Innenstadt,	33,2% (- 2,1)	29,4% (- 1,3%)	16,6% (- 2,5%)	14,4% (+ 3,7)	4,8% (+ 3,0)
96 Köln III Ehrenfeld, Nippes, Chorweiler	40,8 % (- 3,8)	25,1 % (-2,2)	15,4 % (- 0,7)	9,7% (+1,9)	6,2% (+4,2)
102 Köln IV Mülheim, Stadt Leverkusen	41,8 % (- 4,0)	29,7 % (- 2,2)	9,9 % (- 1,1)	10,0% (+ 1,7)	5,5% (+4,7)

Weitere Bundestagsabgeordnete für Köln über die Landeslisten

Neben den oben genannten direkt gewählten Abgeordneten ziehen über die jeweilige Parteienliste zusätzlich in den Bundestag ein: **Ursula Heinen (CDU)**, **Volker Beck (GRÜNE)**, **Kerstin Müller (GRÜNE)**, **Dr. Rainer Loske (GRÜNE)**, **Werner Hoyer (FDP)** sowie **Ursula Lötzer (Die Linke)** und **Paul Schäfer (Die Linke)**. Insgesamt ist Köln damit zukünftig mit 11 Bundestagsabgeordneten vertreten (bisher: 9).

Die Ergebnisse im Bundestagswahlkreis Köln I

Erststimmen

Kandidaten	Prozent	Veränderung	Absolute Stimmen
Martin Dörmann, SPD	48,6	- 1,4	66.317
Ursula Heinen, CDU	33,9	+ 1,5	46.224
Dr. Sabine Müller, Grüne	7,3	- 1,8	9.992
Ulrich Breite, FDP	4,0	- 1,4	5.516
Claus Ludwig, Die Linke.	4,9	+ 3,3	6.717

Zweitstimmen

Partei	Prozent	Veränderung	Absolute Stimmen
SPD	39,6	- 3,3	- 4.584
CDU	27,1	- 2,0	- 2.705
Grüne	13,3	- 1,9	- 2.638
FDP	11,0	+ 2,4	+ 3.270
Die Linke.	6,1	+ 4,2	+ 5.723

Wahlbeteiligung: 74,5 % (- 1,2%)

Der Wahlkreis wurde wieder mit klarem Vorsprung (14,7 %) direkt gewonnen. Der Abstand zwischen Erst- und Zweitstimmen vergrößerte sich um fast 2 Prozentpunkte auf 9 Prozent. Die (moderaten) Verluste der SPD sind offensichtlich auf die Zuwächse bei der Linkspartei zurückzuführen.

Mitarbeiterteam: Elke Heldt neue Wahlkreismitarbeiterin im Bürgerbüro Porz

Seit dem 1. November ist **Elke Heldt** Nachfolgerin von **Ingo Jureck** als Hauptwahlkreismitarbeiterin von Martin Dörmann im Bürgerbüro Porz. Ingo Jureck wechselte als persönlicher Referent von Martin Börschel in die Kommunalpolitik und hatte dort in den letzten Wochen seine Tätigkeit teilweise bereits aufgenommen.

Martin Dörmann: „Bei Ingo Jureck möchte ich mich auch an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken. Für seine interessante neue Aufgabe wünsche ich ihm alles Gute. Zugleich freue ich mich auf die zukünftige Zusammenarbeit mit Elke, die uns allen ja als Ortsvereinsvorsitzende von Poll und Bezirksvertreterin im Stadtbezirk Porz/Poll als besonders engagierte Sozialdemokratin bekannt ist.“

Ingo Jureck: „Ich freue mich auf meine neue Aufgabe in der Kölner Ratsfraktion, denke aber auch ein wenig wehmütig an die Zeit im Porzer Bürgerbüro zurück. Sie war insbesondere geprägt durch zwei aufeinander folgende Wahlkämpfe, die anstrengend waren, aber im Kreis der engagierten Wahlhelfer trotzdem Spaß gemacht haben.“

Elke Heldt ist 48 Jahre alt, verheiratet mit Ehemann Frank und Mutter von drei Kindern. Seit 17 Jahren ist sie Mitglied in der SPD und engagiert sich in verschiedener Form mit ehrenamtlichen Mandaten im Ortsverein Köln-Poll. Derzeit

ist sie Ortsvereinsvorsitzende und Bezirksvertreterin. „Die Arbeit mit den Menschen vor Ort macht mir großen Spaß, hier kann durch den direkten Kontakt viel erreicht werden. Die Möglichkeit, mein politisches Engagement mit der Arbeit zu kombinieren reizte mich schon lange. Daher freue ich mich sehr auf die Arbeit als Wahlkreismitarbeiterin für Martin Dörmann und den damit verbundenen Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern“, so Elke Heldt.

Für einige Wochenstunden wird **Tim Cremer** neben Elke Heldt Wahlkreismitarbeiter. Er wird sich insbesondere für die Organisation von Veranstaltungen und besonderen Aktionen verantwortlich sein. Tim Cremer: „Wenn man etwas machen sollte, dann aber richtig! Auch unter diesem Motto bin ich Anfang des Jahres der SPD beigetreten. Seither haben sich ja für die Partei die Ereignisse überschlagen. Nun freue ich mich, bei Martin Dörmann neben meinem Studium der politischen Wissenschaft praktische Erfahrungen sammeln zu dürfen. Mit dem Berliner Team durfte ich ja schon im Wahlkampf die gute Zusammenarbeit erproben.“

Ralf Steinmeier wird weiterhin die Homepage als Webmaster betreuen.

Wie bisher bleibt **Renate Dinkelbach** gemeinsame Mitarbeiterin der vier Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten im Büro Albertusstraße.



Elke Heldt und Tim Cremer vor dem Bürgerbüro Porz



Das Mitarbeiterteam in Berlin gehören: Stefan Stader (Büroleiter), Chloé Aublin und Michael Stamm (v.l.)

Gute Stimmung bei der „Dankeschönfeier“ für die SPD-Wahlkampfshelfer

Rund 130 SPD-Helferinnen und Helfer aus dem Wahlkreis Porz, Kalk, nördliche Innenstadt folgten der Einladung von Martin Dörmann zur „Dankeschön-Feier“ mit Musik und Buffet. Im Bürgerhaus Kalk bedankte sich der wiedergewählte Abgeordnete für die tatkräftige Unterstützung im Bundestagswahlkampf. Im Hintergrund lief dabei ein von Tim Cremer gestalteter Film mit Bildern des Wahlkampfes.



Die neue Wahlkreismitarbeiterin Elke Heldt stellte sich den Mitgliedern vor



Ein besonderes Geschenk machte die 7-jährige Loren im Wahlkampf: ihr Stoff-Elefant war ein erfolgreicher Glücksbringer für Martin Dörmann



Die Gruppe „Kölsch Blod“ heizte mit einem bunten Strauß kölscher Lieder ein



Gute Laune hatten auch Bernd Rothe und Brigitte Schäffler



Ein besonderer Dank ging an Tim Cremer (Mitte) für seinen hervorragenden Einsatz im Wahlkampf



Renate Dinkelbach und Tim Cremer legten eine heiße Sohle aufs Parkett

Martin Dörmann jetzt Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie im SPD-Fraktionsvorstand

In der neuen Legislaturperiode wird sich Martin Dörmann mit neuen Arbeitsschwerpunkten befassen. Er scheidet aus dem Europaausschuss und dem Verteidigungsausschuss aus und wechselt in den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie. Zudem ist er stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (bisher: Innenausschuss).

Martin Dörmann zum Ausschusswechsel: „Auf die Arbeit im Wirtschaftsausschuss freue ich mich sehr. Ich habe diesen Ausschuss gewählt, weil darin wichtige Themen behandelt werden, die auch für Köln und den Wahlkreis von besonderer Bedeutung sind. Mit den neuen Kompetenzen aus den Bereichen Technologie hat der Ausschuss ein besonderes Gewicht, zudem ist die abwechslungsreiche Mischung aus Grundsatzfragen und aktuellen Gesetzen, die zu behandeln sind, interessant.“

Im Wirtschaftsausschuss ist Martin Dörmann als Berichterstatter der SPD-Arbeitsgruppe für folgende Themenbereiche zuständig: Luft- und Raumfahrt, Telekommunikation, Informationstechnologie/Medienpolitik und Freie Berufe.

Zudem wurde Martin Dörmann erstmals in den Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion gewählt. Zugleich ist er weiterhin Mitglied im Vorstand der NRW-Landesgruppe der Fraktion.

Auch die anderen drei Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten sind in der neuen Legislaturperiode Mitglieder in wichtigen Ausschüssen: Lale Akgün im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union, Prof. Karl Lauterbach im Gesundheitsausschuss und Rolf Mützenich im Auswärtigen Ausschuss.



Martin Dörmann mit Generalsekretär Hubertus Heil und dem Parteivorsitzenden Matthias Platzeck bei der Abschiedsfeier der SPD-Bundestagsfraktion für Bundeskanzler Gerhard Schröder